

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 *Sehr geehrte Damen und Herren,*

der niederländische Soziologe Ruud Koopmans war einst ein überzeugter links-grüner Aktivist, der fest an die Richtigkeit der jahrzehntelangen niederländischen Multi-Kulti-Politik glaubte. Heute ist er einer der schärfsten Kritiker der europäischen Migrationspolitik. Im Folgenden zitieren wir direkt und indirekt auszugsweise aus einem umfangreichen Interview, das Koopmans kürzlich der „Neuen Zürcher Zeitung“ gewährte.

Auf die Frage, ob Zuwanderung für die aufnehmenden Staaten im Regelfall mit einem (finanziellen) Gewinn verbunden sei, wollte Koopmans weder mit einem klaren „Ja“ noch mit einem „Nein“ antworten. Es hänge vielmehr von „der Zusammensetzung des Migrationsstroms“ ab. Allgemein könne man aber sagen, daß die These vom „Gewinn“ für Europa im Regelfall nicht stimme: „Vor allem stimmt es nicht für die Zuwanderung von außerhalb des europäischen Wirtschaftsraumes.“ Meist gehe es hier schließlich um „Flüchtlinge oder Heiratsmigration. Das sind in der Regel eher schlecht ausgebildete Leute. Aus Ländern, die eine große, wenn nicht gar die größtmögliche kulturelle Distanz zu Europa haben.“

Koopmans meint damit vor allem Länder der Subsahara und des Nahen und Mittleren Ostens, die „kulturell so weit entfernt von uns“ seien wie „kein anderer Teil der Welt“: „Die Kombination von niedriger Bildungsqualifikation und kultureller Distanz führt dazu, daß diese Migranten oft nur schwer in den Arbeitsmarkt integrierbar sind. Die Frauen leben in patriarchalen Strukturen und dürfen nicht arbeiten. Viele beziehen Sozialleistungen und tragen damit auch nicht in positivem Sinne zur Gesellschaft und Wirtschaft bei“, führt Koopmans aus.

Geht es um die Beantwortung der Frage, ob eine offene Migrationspolitik betrieben werden kann, ohne daß es nach einiger Zeit zu negativen Schlagzeilen wegen Bandenkriegen kommt, wird in der hiesigen Diskussion gerne auf das Beispiel Kanada verwiesen. Hierzu nahm Koopmans deshalb ausführlich Stellung: „Ja, Kanada wird immer wieder als leuchtendes Beispiel gelungener Integrationspolitik genannt. Der Erfolg kommt jedoch nicht von der Integrationspolitik, sondern von der Einwanderungspolitik. Man gibt sich zwar multikulti, aber an der Pforte wird extrem streng selektiert. Da kommt man nur hinein, wenn man hohe Bildungsqualifikationen hat und andere Kriterien erfüllt. Kanada hat zudem den Vorteil, daß es weit entfernt ist von den Krisenherden der Welt. Es gibt kaum Menschen, die spontan an der Grenze auftauchen. Stattdessen werden sie in Flüchtlingslagern ausgesucht, man klärt ab, ob sie die Sicherheit gefährden, ob sie überhaupt Anspruch auf Asyl haben. Man macht all das im Voraus, was in Europa (wenn überhaupt, die Red.) erst passiert, wenn die Leute eingewandert sind. Natürlich funktioniert die Integration dann besser.“

Koopmans weiter: Zum Beispiel „einem Somalier würde es leichter fallen, sich in einem muslimischen Land zu integrieren als in Westeuropa. Leider ist die Lage in der Welt so, daß auch die reichen muslimischen Länder kaum bereit sind, andere aufzunehmen. Wir sehen das im Fall von Syrien, dem Irak und Jemen – diese Länder sind umgeben von ultrareichen Ölstaaten, aber die nehmen keinen einzigen Flüchtling auf.“ Sie zeigen damit auf den Punkt gebracht keinerlei Bereitschaft, zur Lösung der Wirtschaftsprobleme der meisten typischen Auswanderungsländer beizutragen. Denn die Auswanderung, darauf weist Koopmans deutlich hin, ist für diese Länder auch „eine wichtige Einnahmequelle. Die Regierungen wollen, daß die Leute auswandern: Migranten überweisen Geld an ihre Familien, subventionieren Dörfer, beteiligen sich an Unternehmen. Das ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Ländern wie Senegal, Nigeria oder Marokko.“

Kommen wir zur Frage der Kriminalität, die häufig als Argument gegen Migration angeführt wird. Der Statistik-erfahrene Koopmans hat auch dazu eine klare Meinung: „Es ist sonnenklar, auch wenn das von vielen Wissenschaftlern verneint wird: Migranten aus Drittstaaten (also nicht aus der Europäischen Union stammend, die Red.) sind überproportional stark in den Kriminalitätsstatistiken vertreten. Und dies nicht nur bei Ladendiebstahl, sondern vor allem bei schweren Gewalttaten. Da geht es um Mord, Totschlag, Vergewaltigung, Raub. In Deutschland liegt die Überrepräsentierungsrate von Flüchtlingen bei schweren Gewalttaten bei einem Faktor fünf bis sechs. Das heißt natürlich nicht, daß die meisten Flüchtlinge Schwerverbrecher sind. . . . In der Kriminalitätsstatistik spiegelt sich die Untauglichkeit des heutigen Asylsystems. Wir lassen Leute herein, für die das Recht gar nicht gedacht ist, und die verursachen dann auch noch die meisten Probleme. Die Syrer sind in der deutschen Kriminalitätsstatistik zwar auch überrepräsentiert, aber lange nicht so wie die Nigerianer, Afghanen und Marokkaner.“

Soweit Koopmans Sicht auf die Probleme der Migrations- und Integrationspolitik. Abschließend wurde er noch nach seiner Meinung zur offenbaren Nähe mancher SPD-Abgeordneter zu Islamisten und der Einstellung des Arbeitskreises zum politischen Islam (dem er selbst angehörte) durch Bundesinnen-

ministerin Nancy Faeser (SPD) befragt: „Die SPD ist in Sachen Islamismus klar das größte Problem in Deutschland. Da gehen die Islamisten ein und aus, etwa jene vom Zentralrat der Muslime in Deutschland. Dessen Mitglieder haben Verbindungen zu den rechtsextremen Grauen Wölfen, zur Muslimbruderschaft und zum iranischen Regime.“ Die Schließung des Expertenkreises zum Islamismus (vgl. auch „Vertrauliche“ vom 20.9.2022, Tz. 6) ist nach Koopmans' Auffassung im Grunde eine hochpolitische Entscheidung: „Während der Expertenkreis zum Islamismus nach nur einem Jahr geschlossen wurde, wurde der Expertenkreis zur ‚Muslimfeindlichkeit‘ um ein drittes Jahr verlängert. Damit meine ich nicht, daß Muslimfeindlichkeit kein Problem ist. Aber der Islamismus ist global gesehen eine größere Gefahr als der Rechtsextremismus. Der Islamophobie-Diskurs wird von genau jenen Islamisten gefüttert, die die SPD hofiert. Daß man diese Verbindungen untersucht, ist kaum im Interesse der SPD.“

Soweit Koopmans' Gedanken und Auffassungen. Man kann diesen voll zustimmen, sie nur teilweise oder auch gar nicht teilen. Sie zu kennen, ist auf jeden Fall wichtig. (tb)

2 Geldwert und illegale Migration: Der „Kesseldruck“ steigt

Der Wahlsieg der rechts-konservativen Giorgia Meloni in Italien und der vorher auch in Schweden zu beobachtende „Rechtsruck“ bringen nicht nur die Regierungen Deutschlands und Österreichs, sondern auch die entscheidenden Vertreter der Europäischen Union (EU) und der Europäischen Zentralbank (EZB) in zunehmende Erklärungsnot. Man kann nun auch dort nicht mehr darüber hinwegsehen, daß vor allem die illegale Migration und die viel zu lange anhaltende Politik einer massenhaften „Geldvermehrung“ bei vielen Menschen zu deutlich zunehmenden Zukunftssorgen und damit einer steigenden Unzufriedenheit mit den bisher politisch Verantwortlichen führten. Immer mehr Menschen erkennen und fürchten, daß eine weiter anhaltende Migration in die mit ihren Beiträgen und Steuern finanzierten Sozialsysteme letztlich deren Zusammenbruch bewirken könnte. Selbst die als „migrationsfreundlich“ zu beschreibende deutsche Innenministerin Nancy Faeser (SPD) „sorgte“ sich kürzlich bezüglich der wieder stark zunehmenden Migration nach Deutschland und sprach von einem notwendigen Stopp der „illegalen Einreisen“.

Die von der EZB seit längerem betriebene – und ihr eigentlich verbotene – Staatsfinanzierung brachte u.a. Italien fast unrettbar in die roten Zahlen. Längst weiß niemand mehr, wie die u.a. italienischen Staatsschulden noch auf seriöse Art und Weise getilgt werden könnten. Deshalb nimmt die Angst zu, daß es zu einem Entschuldungsversuch (dann auf gesamteuropäischer Ebene) mittels Inflation (ist schon gegeben) und einer Art „Lastenausgleich“ kommen könnte. Ob es in den potentiellen europäischen „Pleitestaaten“ noch zu einem finanzpolitischen Umdenken kommt oder ob man auch weiterhin die Zügel schleifen läßt, wird von immer mehr Experten als eher nebensächlich angesehen. Die Schuldenlast ist, wie bereits gesagt, einfach zu groß, die Überschuldung viel zu heftig. Dies war im Übrigen schon vor Corona und dem Ukrainekrieg so.

Für wie aussichtslos inzwischen auch im politischen Berlin die Lage eingeschätzt wird, zeigt eine weitere Äußerung der bereits weiter oben kurz zitierten deutschen Innenministerin Faeser. Die eher linke SPD-Politikerin benannte kürzlich sehr deutlich Ross und Reiter, als sie sagte, man müsse endlich „illegale Einreisen“ von schlecht qualifizierten Migranten stoppen, um Ressourcen für jene freizuhaben, „die unsere Hilfe wirklich benötigen“. Schon vorher plauderte der grüne Oberbürgermeister Tübingens, Boris Palmer, ein offenes Geheimnis aus als er sagte, in seiner Stadt gingen derzeit nur 26 % der seit 2015 angekommenen Asylsuchenden einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Mithin, so Palmer ganz offen weiter, fehle „der Anreiz, eine Arbeit aufzunehmen“. Dies sei „beunruhigend“, schüre soziale Konflikte und überfordere den Sozialstaat. Statt Palmer für seine offenen Worte zu danken, drohen seine grünen Parteifreunde ihm immer wieder einmal mit einem Parteiausschlußverfahren . . .! (tb)

3 Kiew „braucht“ 3,5 Mrd. Euro – jeden Monat

Der Geldbedarf der Ukraine ist enorm, und nicht nur deren Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj geht längst wie selbstverständlich davon aus, daß zumindest ein erheblicher Teil dieses Zuschußbedarfs von der Europäischen Union (die bekanntermaßen unter dem Strich zu einem Großteil mit deutschen Steuergeldern arbeitet) bereitgestellt wird. Jetzt haben hochrangige Vertreter der US-Verwaltung in Brüssel ihren Unmut über die nach ihrer Auffassung zu schleppende Auszahlung der EU-Mittel an die Ukraine zum Ausdruck gebracht. Und nicht nur das: Eine deutliche Aufstockung der bisher zugesagten Hilfszahlungen wurde ebenfalls schon angemahnt. Dabei solle – und das mag dann auch kaum mehr überraschen – direkten (also „verlorenen“) Zuschüssen der Vorzug gegenüber Kreditzusagen gegeben werden.

Washington hat nach den derzeit verfügbaren Informationen und Unterlagen der Ukraine bisher 8,5 Mrd. US-Dollar an Wirtschaftshilfen zur Verfügung gestellt. Eine Anfrage zur Genehmigung weiterer Hilfen in Höhe von 4,5 Mrd. Dollar liegt nun vor dem Kongress. Seitens der EU sind 9 Mrd. € zugesagt, von denen rund eine Milliarde bereits ausgezahlt ist und weitere 5 Milliarden genehmigt sind. Schon vorher wurde ein Darlehen über 1,2 Mrd. € genehmigt und ausgezahlt. Den von den USA letztlich erhobenen Vorwurf einer verzögerten Auszahlung wies eine EU-Sprecherin denn auch prompt zurück. Ein außergewöhnliches Zahlungspaket dieses außergewöhnlichen Umfangs erfordere schließlich eine besonders sorgfältige Prüfung und damit auch einige Zeit.

Auch im Internationalen Währungsfonds (IWF) prüft man derzeit die Möglichkeiten einer „verstärkten Soforthilfe“ für die Ukraine. Nach den gängigen IWF-Regeln sind mit der Vergabe von IWF-Geldern in der Regel aber auch strikte politische Vorgaben verbunden. Und dies oft nicht nur im Bereich der Wirtschaftspolitik, sondern auch – und das dürfte in diesem Zusammenhang besonders interessieren – im Bereich der Gesellschafts- und der Außenpolitik! Maßgeblich finanziert und damit gelenkt wird der IWF von den G7-Staaten mit den USA an der Spitze. (tb)

4 20 Personen in Florida wegen Wahlbetrugs verurteilt

In Florida kam es zu ersten Verurteilungen mit Gefängnisstrafen in Zusammenhang mit Wahlbetrug bei der Präsidentschaftswahl 2020. Alle bisherigen Straftäter hatten die Wahl zugunsten von Joe Biden und Kamala Harris manipuliert. Bislang wurde praktisch weltweit geleugnet, daß es bei der US-Präsidentschaftswahl 2020 überhaupt Wahlbetrug in nennenswertem Umfang gegeben haben soll. Entsprechende Behauptungen wurden in den USA sogar unter Strafe gestellt und bei entsprechenden „Social-Media-Beiträgen“ wurde oft nicht nur der Beitrag gelöscht, sondern zugleich der dazugehörige Account.

Mit den Urteilen in Florida wurde nicht nur Wahlbetrug eindeutig nachgewiesen. Sie können vielmehr auch der Auftakt sein zu zahllosen weiteren Verurteilungen in gleicher Angelegenheit. Der Gouverneur von Florida bestätigte in einer Kommentierung zu den Verurteilungen, daß Computer-Spezialisten inzwischen ermitteln konnten, auf welche Weise die Wahlcomputer manipuliert wurden. Höchstwahrscheinlich seien die Manipulationen durch chinesische Spezialisten vorgenommen worden. Es sei durchaus möglich, daß die Wahlcomputer bzw. die Wahlsoftware flächendeckend manipuliert wurden und aus diesem Grunde die Wahl als gefälscht anzusehen sei. Dabei habe sich eindeutig herausgestellt, daß die Wahl ausschließlich zu Gunsten von Joe Biden und Kamala Harris manipuliert wurde. (eh)

5 Chinas Megahafen für Südamerika

Etwa 80 Kilometer nördlich der peruanischen Hauptstadt Lima errichten nahe dem pazifischen Fischerhafen von Chancay chinesische Investoren einen neuen Großhafen für Container und anderes Ladegut. Federführend ist die staatliche „China Cosco Shipping Corporation“. Cosco ist nicht nur eine der weltweit größten Reedereien, sondern unter anderem auch im Schiffbau und der Schiffsfinanzierung tätig. Und über die Tochterfirma „Cosco Shipping Ports“ zählt Cosco außerdem zu den weltweit führenden Betreibern von Containerterminals. Es gibt hier weltweite Beteiligungen.

Der neue Hafen bei Chancay ist ein Teilprojekt der „Neue Seidenstraße-Initiative“, des weltweiten Infrastrukturprojektes der chinesischen Führung. Der Hafenkomplex wird auf einer Fläche von rund zehn Quadratkilometern errichtet und teilt sich in zwei Bereiche auf – die eigentliche Hafenanlage direkt am Meer und den zur Landseite gelegenen Eingangskomplex. Im Hafbereich werden später die Schiffe abgefertigt und es gibt dort auch Möglichkeiten zur Schiffswartung sowie die Zwischenlagerung von Containern und Stückgut. Im landseitigen Eingangskomplex finden sich die Hafenverwaltung und Niederlassungen großer Logistikunternehmen sowie der Zoll. Beide Bereiche liegen nicht direkt nebeneinander, sondern sollen durch einen 1,8 Kilometer langen Tunnel miteinander verbunden werden. In diesem Tunnel sind drei Fahrstreifen für Lastwagen geplant, zwei Förderbänder für offene, feste Ladungen sowie eine Pipeline für Flüssigkeiten. Die Kaianlagen werden für die derzeit größten Containerschiffe ausgelegt. In einer ersten Ausbaustufe sollen vier Schiffe gleichzeitig abgefertigt werden können, nach dem vollständigen Ausbau wird es insgesamt 15 Anlegestellen geben.

Mit dem neuen Hafen an der Pazifikküste bringt sich China in Stellung für den Import südamerikanischer Rohstoffe, die seit der Kolonialzeit vornehmlich in die USA und nach Europa exportiert wurden und werden. Mit dem Aufstieg Chinas zu einer globalen Wirtschaftsmacht und Industrieration werden diese aber nun auch für das Reich der Mitte immer wichtiger. Peru ist z.B. nach seinem Nachbarland Chile der weltweit zweitgrößte Kupferproduzent und in den Salzseen der Grenzregionen zu Bolivien, Chile und Argentinien schlummern die derzeit weltweit größten Lithiumreserven. Und nicht zu vergessen ist die südamerikanische Fleisch- und Sojaproduktion, von der sich China ebenfalls ein immer größeres Stück abschneiden möchte.

Chancay liegt verkehrsgünstig etwa in der Mitte der südamerikanischen Pazifikküste und nahe zu den derzeit wichtigen Fernverkehrsstraßen. Der zeitnahe Bau einer Eisenbahnanbindung ist ebenfalls in Planung. Dies führt schon jetzt zu Sorge in Chile. Man fürchtet, daß viele Reedereien in Zukunft den neuen Hafen immer öfter anlaufen werden, für die Cosco-Schiffe ist aus naheliegenden Gründen schon von Anfang an damit zu rechnen. Für Chiles Außenhandel wird sich dies mit steigenden Transportkosten bemerkbar machen, von den eher unsicheren Zukunftsaussichten für manchen chilenischen Hafen ganz zu schweigen. Und für die bisherigen europäischen Rohstoff-Abnehmer wird die Beschaffungslage damit auch nicht einfacher. Neben der zunehmenden Konkurrenz durch chinesische Einkäufer wird es auch zu verstärkten Transport-Nachteilen kommen, weil die derzeit größten Schiffe nicht durch den Panama-Kanal passen und den langen Seeweg um Kap Horn nehmen müssen. Der Transport nach China wird dagegen deutlich preiswerter werden. (tb)

6 Wieder deutliche Zunahme illegaler Einreisen

Nachdem in den letzten Wochen die Zahl unerlaubter Einreisen nach Deutschland deutlich zugenommen hatte, hat sich die offiziell festgestellte illegale Migration im Vergleich zum Vorjahr bereits verdoppelt, auf – von Januar bis Ende September gezählt – annähernd 60 000 Personen. Besonders viele illegale Einreisen müssen über die Grenze zu Österreich und der Tschechischen Republik gezählt werden, die hauptbetroffenen Bundesländer sind somit Bayern und Sachsen.

Die meisten „illegalen Migranten“ nutzen die „besondere“ Visa-Politik des EU-Beitrittskandidaten Serbien aus, das z.B. Menschen aus Bangladesch, Indien oder Tunesien eine visafreie Einreise gestattet. Dort offiziell gelandet, steht den angekommenen „Flüchtlingen“ eine illegale Weiterreise in die westliche Europäische Union auf dem Landweg offen. Und selbstverständlich stehen in Serbien stets genügend „Schleuser“ bereit, die ihren Kunden den Weg so gut es geht ebnet.

Auch die illegale Migration über Weißrussland (Belarus) hat wieder deutlich zugenommen. Hier erfolgt die Anreise in vielen Fällen über Moskau, um sich dann via Minsk auf den Landweg nach Polen zu begeben, ebenfalls oft mit professioneller Schleuser-Hilfe. (tb)

7 Die wahre „Energiekrise“ kommt erst noch

Glaubt man der Politik, gehen wir bei der Strom- und Gasversorgung in diesem Winter durchaus unsicheren Zeiten entgegen und dann soll angeblich das Schlimmste überstanden sein. Doch die in erster Linie Europa treffende Energiekrise wird im nächsten Frühjahr nicht beendet sein und dürfte uns mindestens noch einen zweiten „kritischen Winter“ (dann von 2023 auf 2024) bescheren. Während stromseitig viel von der Geschwindigkeit abhängen wird, mit der die derzeit stillstehenden französischen Kernkraftwerke wieder ans Netz gehen, sieht es bei der Gasversorgung vor allem hinsichtlich der zu erwartenden Preise kritisch aus. Experten der Großbank Goldman Sachs prognostizierten erst kürzlich für den Sommer 2023 einen Gaspreis von 235 € pro Megawattstunde. Vor der Corona-Pandemie lag dieser, dies nur zu Erinnerung, bei rund 20 €.

Einiges wird vom kommenden Winterwetter abhängen. Obwohl die politisch-korrekten „Wetterfrösche“ vorgeben, die angeblich menschengemachte Erderwärmung auf Jahrzehnte hinaus genau berechnen zu können, scheitern sie doch an der Vorhersage für die nächste Woche oder gar den kommenden Winter – mit anderen Worten: Alles bleibt möglich. Sollten wir einem strengen Winter entgegensehen (was, wie gesagt, derzeit aber niemand prognostizieren kann), könnten die europäischen Gasspeicher schon im März nächsten Jahres geleert sein. Neben einer Versorgungslücke im oft noch kalten April wäre dann für die gesamten Frühjahrs- und Sommermonate wieder mit einer durch die Speicherbefüllung stark erhöhten – und damit preistreibenden – Gasnachfrage zu rechnen. Es bleibt die bange Frage, ob vor dem Hintergrund der Sprengung der North Stream-Leitungen (wo als mögliche Täter auch die USA nach wie vor nicht sicher ausgeschlossen werden können) dann überhaupt ausreichende Lieferkapazitäten verfügbar sein werden. Hinzu kommen Einschränkungen durch bereits fest terminierte Wartungsarbeiten an norwegischen Anlagen. Und auch der Ausbau der Flüssiggas(LNG)-Versorgung könnte durchaus noch ins Stocken geraten. Diese Unsicherheit ist nicht zuletzt der Grund dafür, daß Berlin praktisch noch keine längerfristigen Verträge zur (teilweisen) Sicherung der Gasversorgung unterzeichnet hat. Die bisher bekannt gewordenen Vereinbarungen beziehen sich im Wesentlichen auf das kommende Jahr und nicht mehr.

Die hohen Gaspreise werden nicht zuletzt auch für einen anhaltend hohen Strompreis sorgen. Verschärft wird diese Entwicklung dann voraussichtlich durch einen steigenden Druck von „Rot-Grün“ auf die deutsche und vor allem auch die schwedische Regierung, die letzten verbliebenen Kernkraftwerke nun endgültig vom Netz zu nehmen. Dies alles wird den innereuropäischen Wettbewerb um die letzten verbliebenen Energieangebote noch verstärken. Schon jetzt ist abzusehen, daß es dann „Jeder gegen Jeden“ heißen wird . . .! (tb)

8 Anonyme Goldkäufe . . .

. . . werden europaweit zunehmend erschwert. Konnte man in Deutschland noch vor einigen Jahren für bis zu 15 000 € Edelmetalle kaufen, ohne sich ausweisen zu müssen, sank diese Grenze auf inzwischen nur noch 2000 €. Bei darüber liegenden Kaufsummen muß der Verkäufer seinen Kunden identifizieren und dies auch dokumentieren. Schon in naher Zukunft könnte damit der „anonyme“ Kauf einer 1-Unze-Krügerrand Goldmünze unmöglich werden.

Einen kleinen Ausweg, wenn auch nicht die „große“ Lösung stellt der Goldkauf in einigen benachbarten Ländern dar. In Österreich und der Tschechischen Republik liegt die entsprechende Grenze bei 10 000 €, Schweden und Slowenien gestatten noch 5000 €. Kleine Vorteile gibt es noch in Norwegen (umgerechnet ca. 3900 €) und Dänemark (umgerechnet rund 2600 €). In Frankreich ist kein anonymer Goldkauf mehr möglich, ja sogar die Barzahlung ist nicht gestattet.

Einen Sonderfall bilden die Schweiz (15 000 Schweizer Franken) und Liechtenstein (10 000 Schweizer Franken), weil bei der Einfuhr von dort in die Europäische Union Gold und andere Zahlungsmittel von sich aus deklariert werden müssen, wenn ihr Wert 10 000 € je berechtigter Person übersteigt. Diese Deklarationspflicht gilt im Übrigen auch für die Einreise aus Norwegen kommend, weil dieses ja ebenfalls nicht der EU angehört. (tb)

9 Hinweis auf die Beilage

Die Ihren heutigen „Vertraulichen“ angefügte Beilage dürfen wir aus zwei Gründen Ihrer besonderen Aufmerksamkeit empfehlen. Zum einen geht es dabei um unser Angebot von **Geschenkabonnements mit einer Laufzeit von sechs oder zwölf Monaten** zu einem interessanten Sonderpreis. Sie können damit Freunden, Verwandten oder Bekannten auch außerhalb der Reihe mit einem besonderen Geschenk große Freude bereiten und sich jede Woche neu in dankbare Erinnerung bringen. Schließlich hebt sich die kritische – und zuweilen auch deutliche – Berichterstattung und Kommentierung in Ihren „Vertraulichen“ wohltuend von dem Einheitsbrei ab, den die großen „Qualitätsmedien“ beinahe unisono verbreiten. Ein Geschenkabonnement der „Vertraulichen“ ist deshalb heute wichtiger denn je. Gleichwohl bleibt das Heft das Handeln dabei jederzeit in Ihrer Hand: Die Geschenkabonnements enden automatisch nach sechs oder zwölf Monaten, ohne daß Sie dafür etwas tun müssen. Wir werden lediglich völlig unverbindlich anfragen, ob Sie eine Verlängerung wünschen oder nicht.

Auf der Rückseite dieser Beilage können wir Ihnen zu Ihrer persönlichen Krisenvorsorge nun wieder in begrenztem Umfang („Solange der Vorrat reicht!“) **faltbare Wasserkanister und Entkeimungstabletten** anbieten. Hinzu kommen die Ratgeber „Kochen ohne Strom“ und „Das Kochbuch für Notfall & Krise“ sowie einige „Standardwerke“ des 2014 verstorbenen Publizisten Peter Scholl-Latour, der schon frühzeitig u.a. vor der Isolation Russlands, der Explosivität des Nahen Ostens und der Herausforderung durch China warnte. (tb)

10 Für Sie aufgelesen:

„Wer sich selbst zum Esel macht, dem will jeder Sacke aufladen.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Elke Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettnerhof GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.